

Die Auswirkungen der Coronakrise stellen in unserer Gesellschaft eine Zäsur dar, so oder so. Die Frage ist, ob wir die Chance nutzen, die stets beschworenen Werte wie Solidarität und Sozialstaat nun endlich mit Leben zu erfüllen, oder so weitermachen wollen wie bisher. Auf die Aufforderung an unsere Leserinnen und Leser im Artikel „[Nach Corona anders zusammenleben! Wie? Was soll anders werden?](#)“, ihre Vorstellungen und Visionen darzulegen, haben wir eine enorme Resonanz erhalten, die wir hier gern dokumentieren. Zusammengestellt von **Lutz Hausstein**.

1. Leserbrief

Sehr geehrter Herr Müller,

ich bin aufmerksame Leserin Ihrer Nachdenkseiten und sehr dankbar, dass es sie gibt. Auch Ihre Aufforderung zum Aufschreiben unserer Gedanken für die Zeit nach Corona habe ich mit Interesse gelesen. Nun hat mir ein Freund, dem ich Ihr Buch zum Geburtstag schenkte, den im Anhang beigefügten Text zugesandt. Da er als Arzt in der gegenwärtigen Zeit alle Hände voll zu tun hat, habe ich es übernommen, Ihnen diesen Text zuzusenden. Vielleicht passt er ja zum genannten Thema.

Wir würden gerne einen regionalen Hilfsfonds für Vorpommern zur Unterstützung von Kunst, Kultur und Sport gründen. Ich hoffe, wir bekommen das hin, denn sonst geht hier sehr Vieles in diesen Bereichen den Bach runter. Wir sind eine strukturschwache Region, brauchen Kunst und Kultur sowie den Sport für die Menschen hier und auch für den Tourismus, von dem wir hoffentlich auch in Zukunft leben können.

Ich wünsche Ihnen Gesundheit und sende herzliche Grüße von der Sonneninsel Usedom

Dr. Karin Timmel

Aufruf zur Solidarität in der Corona-Krise

Vielleicht liegt es an meiner Ossi-Vergangenheit, dass mir in der jetzigen Krise unseres Landes, nein der Menschheit, vor allem das Wort Solidarität einfällt.

Ich bin aufgewachsen in einem Land, in dem es ganz sicher viele schlechte Dinge gab. Und das wir in seiner damaligen Form nicht wieder haben wollen! Aber zu den guten Erinnerungen und Erfahrungen zählen für mich vor allem das Gefühl der Gemeinschaft, des Zusammenhaltes. **Wir** war wichtiger als **ich**; Hilfe untereinander stand vor teuren Statussymbolen, Solidarität - z.B. mit Vietnam- war für mich nicht aufgezwungen, sondern

freiwillig!

Heute droht uns neben vielen Kranken und sicher auch Toten durch Corona vor allem eine wirtschaftliche Rezession. Die Folgen werden sehr schwerwiegend sein. Bereits zwei Mal (2001 und 2008) wurden die Folgen von Krisen, die im Grunde durch die Gier der Reichen dieser Welt herbei geführt wurden, durch die große Masse der Normalverdiener „geschultert“. Und auch jetzt ist klar, dass die (zweifelsohne alternativlosen) Hilfsmaßnahmen der Regierung, der EU etc. in den Jahren nach der Corona-Krise wieder von uns, den 98% Nicht-Reichen, Nicht-Mächtigen, gezahlt werden sollen. Ob das ein drittes Mal möglich sein wird, weiß ich nicht, weiß wahrscheinlich niemand mit Sicherheit.

Aber eines weiß ich sehr genau - es ist nicht gerecht! Und spätestens jetzt ist es an der Zeit, die Solidarität der Reichen dieses Landes einzufordern. Niemand braucht Hunderte Millionen oder sogar Milliarden EURO, um glücklich zu sein. Und niemand - das ist meine tiefste Überzeugung - hat es verdient, soviel zu besitzen! Bestenfalls wurden beim Anhäufen diese Reichtums die aktuell geltenden Gesetze mehr oder weniger eingehalten. Aber ganz sicher wurde die Yacht auf dem Meer mit dem Minijob der Nachbarn in Deutschland und dem Elend in Afrika bezahlt!

Unsere Fußballnationalspieler haben ein Zeichen gesetzt - ich fordere alle Menschen in unserem Land, die ein Herz in der Brust haben, auf, zur Überwindung dieser Krise der Menschheit (Corona ist doch nur der letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte - Klima, Flüchtlinge, Kriege ...) ihren Beitrag zu leisten.

Lasst uns Hilfsfonds bilden - sehr Reiche für die Millionen Kleinbetriebe, Freiberufler etc., die alles verlieren im Moment - z.B. gibt jeder, der 10 Mio besitzt 1%

- ab 100 Mio 2%
- ab 500 Mio. 3%

In der Summe ergäbe das viele Milliarden, die den Ruin der Wirtschaft aufhalten können.

Jeder andere von uns, der es kann, gibt so viel wie möglich, entlässt keine Mitarbeiter*innen, zahlt die Löhne fort, solange es geht, stundet oder erlässt Mieten etc.

Reiche Künstler bilden einen Fonds für ihre mittellosen Kollegen. Reiche Sportler spenden für den Erhalt der Vereine, Trainerstellen, Sportstätten etc..

Ich appelliere an all die reichen und mächtigen Menschen dieses Landes- zeigt, dass Ihr ein Herz habt! Und wenn ihr nicht an einen Schöpfer und seine ausgleichende Gerechtigkeit

nach unserem Tode glauben solltet, so erinnert Euch daran, dass auch die Reichen und Mächtigen in Frankreich 1789 und in Rußland 1917 glaubten, Sie seien unantastbar.

Ich hatte ein glückliches Leben und bin voller Dankbarkeit dafür. Und jetzt erwache ich fast in jeder Nacht mit dem Traum, dass wir unseren Kindern und Enkeln statt der wunderbaren Erde einen Scherbenhaufen hinterlassen. Das darf nicht sein! Lasst uns diese Krise gemeinsam meistern und danach die Welt schrittweise besser machen

- Mit weniger Egoismus
- Viel mehr Klimaschutz
- Ohne hemmungslose Globalisierung
- Mit viel mehr Solidarität. Die reichen müssen abgeben, damit der soziale Frieden in der Welt wieder hergestellt werden kann!

Die von uns gewählten Politiker fordere ich auf, konkrete Maßnahmen schnell zu ergreifen, um o.g. Ideen umzusetzen. Notfalls auch mit Sperrung von Konten, Besitzpfändungen etc. Das ginge nicht? Natürlich geht das, man muss nur wollen! Mit jeder Betriebsschließung werden Menschen enteignet und ins Elend getrieben.

Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit: Dafür gingen die Menschen 1789 in den Kampf gegen die Herrschenden.

Heute kämpfen wir um das Überleben der Menschheit, unserer Erde, um die Zukunft unserer Kinder und Enkel gegen die grenzenlose Gier einer kleinen Schicht der Reichen. Es ist eine Minute vor 12 - Wir geben Euch eine Chance, mit uns um unsere Zukunft zu kämpfen, nicht gegen uns.

Ich denke, ich befürchte - es ist für uns Menschen die letzte Chance, die wir haben!

Dr. Mark Wiersbitzky
Arzt Anklam, Vorpommern
27.03.202

2. Leserbrief

Hallo Nachdenkseitenteam,

Zu dem Artikel habe ich folgende Ideen:

1. Krankenversicherung umbauen zu einer Bürgerversicherung mit vier Regionalzentren (Nord, Süd, West, Ost) ähnlich den Gebietskrankenkassen in Österreich. Der ganz Wasserkopf fällt weg.
2. Umstellung der Krankenversicherung rein auf die Goä, Goz etc. und Entfall des wirtschaftlichkeitsgebotes im SGB V das hat da nix verloren. Außerdem sind damit alle medizinisch notwendigen Maßnahmen mitversichert. Dann wird ein Index mit Nulljahr 2020 festgelegt und ab da die Gebührenordnungen an die Inflation angepasst. Damit gibt es keine Zweiklassenmedizin mehr und keine Fehlanreize. Es ist auch immer genug Geld im System, da die Lohnabschlüsse direkt einfließen in den Index - wie in anderen Wirtschaftszweigen auch.
3. Die privaten Krankenversicherer müssen mit vollem Kontrahierungszwang in den Wettbewerb treten mit dem Recht auf die GKV zu fusionieren unter der Voraussetzung dass keine Stellen abgebaut werden. Die Vollkosten und Beihilfetarife schickt man in den RunOff oder bietet den Versicherten einen Wechsel an. Damit umgeht man die verfassungsmäßige Bestandssperre. Die Zusatzversicherung soll bleiben und ausgebaut werden. Das macht Sinn, so dass jeder seine Sonderwünsche nach Bedarf absichern kann. Da braucht man den Staat nicht.

Beitragsbemessungsgrundlage sollte das zu versteuernde Einkommen sein. Bei Arbeitnehmern bleibt es bei der paritätischen Finanzierung.

4. Einführung einer Erwerbsrentenversicherung bei der GRV analog der Schweizer AHV für Alle. Keine beitragsbemessungsgrenzen. Beitragsgrundlage sollte das zu versteuernde Einkommen ohne Ausnahmen bis zum 65 Lebensjahr sein. Somit werden auch alle Kapitaleinkünfte erfasst. Bei Arbeitnehmern, Beamten etc. bleibt es bei der paritätischen Finanzierung.

Gleichzeitig Ausbau der betrieblichen Altersvorsorge als Pflicht für alle wie in der Schweiz mit Lifecyclemodell und paritätischer Finanzierung bei Arbeitnehmern. Über das VAG Einbau eines festen Kostendeckels von 3 % Gesamtkosten des laufenden Beitrages. Konzipierung als reines Rentenprodukt mit maximal 50 % Kapitalisierungsoption zu Rentenbeginn. Wegfall der Finanzoptionen um alternative Investments in der Kapitalanlage zu ermöglichen. Einbau der vollen Vererbbarkeit. Damit schafft man zwei stabile Säulen der Altersvorsorge und nutzt sowohl die Vorteile des Umlageverfahrens, als auch die Vorteile des Kapitaldeckungsverfahrens im Einklang.

Einbau von 27 Jahren Kindererziehungszeiten analog der Schweiz.

5. Einführung eines Rentenniveaus von 50 %.
6. Einführung einer Mindestrente von 1250 €. Einführung einer degressivere abgeflachten Maximalrente undurchsichtig einen Faktor um verfassungskonform zu bleiben.
7. Kostenlose Kitas, Kindergärten, Schulen und Hochschulen.
8. Ein 100 Milliardenprogramm auf vier Jahre für den sozialen, genossenschaftlichen Wohnungsbau mit Wiedereinführung von MietkaufModellen gedeckelt auf 50 % je Wohnanlage. Finanziert über zweckgebundene Infrastrukturbonds auf 10 bis 30 Jahre Laufzeit.
9. Ein 100 Milliarden Klimaprogramm auf vier Jahre zur Gebäudesanierung mit dem Ziel, dass danach kein Gebäude mehr Fossil (Öl, Kohle, Gas etc.) beheizt wird. Nur Biomasse, Fern-/Nahwärme, Erdwärme (Wärmepumpe), Strom oder andere regenerative Energieträger sind zulässig. Das hatte viel mehr Effekt als die ganze Alibidiskussion um den Verkehrssektor mit dem wir unsere ganze Industrie kaputt machen.
Finanziert über zweckgebundene Klimabonds auf maximal 15 Jahre.
10. Aufwertung der Pflege durch Schrittweise Akademisierung und Verkammerung des Berufstandes. Allgemeinverbindliche Tarifverträge. Sofortige Abschaffung der Fallpauschalen. Gesetzlicher Personalschlüssel mit schrittweiser Erhöhung drakonischen Strafen von bis zu 10 % des Umsatzes bei Verstößen nach einer Übergangszeit zum Personalaufbau von 5 Jahren. Sofortige Erhöhung der Gehälter in allen Ebenen um 500 € pro Monat und nochmal zum 01.01.2021. Anschließend greifen die normalen Tarifabschlüsse.
11. Auflegung eines 100 Milliarden Förderprogramms verteilt auf 5 Jahre zum Auf- und Ausbau der medizinischen Infrastruktur, Reservekapazitäten und Pandemievorsorge inklusive Staatlicher Unternehmen in Pharma und Forschung und Schutzausrüstung um unabhängig zu werden vom Ausland. Finanziert über zweckgebundene Gesundheitbonds.
12. Einführung einer großen Steuerreform mit:
 - Abschaffung der Gewinnfreistellung von Veräußerungsgewinnen bei Unternehmensverkäufen.
 - Anhebung der Erbschaftssteuer bei gleichzeitigen Freigrenzen und Freibeträgen um kleine Betriebsvermögen und Privatpersonen bei der normalen Vererbung von Immobilien etc. nicht zu überfordern.
 - Harte Fortführungsvorgaben bei Betriebsvermögen mit Missmanagementnachhaftung auf 10 Jahre und Durchgriffshaftung auf 50 % des Privatvermögens bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit.
 - Spitzensteuersatz 45 %, aber Abschaffung diverser Ausnahmen um den

Effektivsteuersatz auf 35-40% hochzubekommen. Ausgenommen Investitionen in energetische Sanierung Umwelt- und Klimaschutz. Die Anreize müssen bleiben.

- Abschaffung der Abgeltungssteuer und volle Unterwerfung unter die Einkommenssteuer.
- Abschaffung der Rechtsformneutralität um die Körperschaftsteuer Schrittweise auf 25 % anzuheben.
- Koppelung der Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft analog den USA.
- Koppelung der Gewinnbesteuerung an das Entstehungsland
- Einführung einer Bodenspekulationssteuer
- Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer
- Eine Vermögenssteuer braucht es dann nicht mehr. Es ist viel zu schwierig zu definieren was ist Vermögen überhaupt? Der ganze Bewertungsansatz etc.
- Anhebung der Mehrwertsteuer auf 10 und 20 Prozent. Das ist einfach zu rechnen. Im Gegenzug Absenkung der Mehrwertsteuer auf alle Dinge des täglichen Bedarfs, sowie ÖPNV inklusive Taxis. Das macht schon Sinn um auch Geschäftsreisen Nummer mehr auf die Bahn zu bekommen.

13. Auflegung eines 150 Milliarden Infrastrukturprogramms auf 4 Jahre mit zweckgebundenen Infrastrukturbonds zur Finanzierung. Maximale Laufzeit der Bonds 15 Jahre. Damit werden alle Schulen, Brücken, Straßen erneuert und vor allem das Schienennetz ausgebaut. D. h. Ausbau von drei Nord-Süd-Hochgeschwindigkeitstangenten (Bremen-Düsseldorf-Frankfurt-Freiburg-Basel; Flensburg-Hamburg-Hannover-Fulda-Würzburg-Stuttgart-Friedrichshafen; Rostock-Berlin-Leipzig-Erfurt-Nürnberg-München-Memmingen-Bregenz und Stettin-Berlin) und 5-6 Hochgeschwindigkeitsquertraversen (Bregenz-Friedrichshafen-Basel-Besancon-Dijon); (Linz-Salzburg-München-Stuttgart-Karlsruhe-Saarbrücken-Metz); (Linz-Passau-Regensburg-Nürnberg-Würzburg-Frankfurt-Trier-Luxemburg); (Prag-Dresden-Leipzig-Erfurt-Fulda-Frankfurt-Trier-Luxemburg); (Brüssel-Düsseldorf-Hannover-Berlin-Frankfurt-Oder-Posen-Warschau); (Amsterdam-Meppen-Bremen-Hamburg-Lübeck-Wismar-Rostock-Greifswald-Stettin) Wichtig ist, dass wir der TGV, Railjet auf allen Strecken durchgängig mit 250-300 Km/h gefahren wird mit wenigen Haltepunkten an den Knoten. Ebenso die Anbindung direkt bis ins Ausland an die großen Knoten und Hochgeschwindigkeitszüge dort. Damit würde man wirklich erreichen, die Flüge auf diesen Distanzen uninteressant zu machen. Es ist doch niemand vermittelbar, dass ein ICE zwischen Frankfurt und Nürnberg mit 120 Km/h dahinschleicht.
14. Auflegung eines 50 Milliarden Digitalinfrastrukturprogramms zum Netzausbau und betrieb in staatlicher Hand. Alternativ Förderung mit knallharten Auflagen an die

Anbieter, dass binnen 4 Jahren 100% 5G Netzabdeckung inklusive aller Tunnel bestehen muss. Ebenfalls über zweckgebundene Digitalbonds refinanziert mit max 10 Jahren Laufzeit.

15. Abbau von Leiharbeit und Werkverträgen. Begrenzung der Subunternehmerkette auf max 3. Volle Haftung des Hauptauftragnehmers für Verstöße aller Subunternehmer. Es gilt Anreize für den Aufbau von eigenen Stammebelegschaften zu schaffen.

Das sind in Summe 500 Milliarden die gut investiert sind und bestimmt als 2500 Milliarden wieder zurückkommen über neue Jobs, Steuern etc.. Mir fallen bestimmt noch ganz viele Maßnahmen ein, aber das sind in meinen Augen die wichtigsten. Wenn wir hier nicht schnell handeln sind wir in 5-10 Jahren abgehängt und wieder der kranke Mann Europas.

Bleiben Sie gesund.

Freundliche Grüße
Jan Susai

3. Leserbrief

Lieber Albrecht Müller,

danke für die Eröffnung der Debatte. Auch ich teile Ihre und Naomi Kleins Sorge, dass die "Restauration" auch aus dieser Krise profitiert. Aber: Ich glaube, die GEgenkräfte wachsen auch.

Konkret habe ich mich in meinem Buch "[Handelt! Appell an Christen und Kirchen die Zukunft zu retten](#)", veröffentlicht am 20.1.2020, mit allen Ihren Fragen auseinandergesetzt. Ich habe mich zunehmend geärgert, dass die Probleme bekannt, die Ursachen bewertet, die Lösungen vorhanden sind, aber nichts in Richtung Anwendung und Umsetzung geschieht.

Ich denke, die Bausteine für eine alternative Gesellschaft sind ja vorhanden - es gibt über 35 heterodoxe ökonomische Theorien, es gibt viele Unternehmer und Investoren, die den Wandel wollen, viele BürgerInnen, die bereit sind, ihren Beitrag zu leisten. Was fehlt, ist zweierlei:

1. ein Normativer Kompass, der die Frage beantwortet: "Wohin wollen wir und welche GEsellschaft wollen wir?" Denn davon hängt ab, welche Bausteine und Ansätze ich

verfolge, und welche ich vernachlässige.

2. Best practices, die belegen und Mut machen, dass es anders tatsächlich geht.

Auch ich glaube, angesichts der Politiken der USA, CHina, Brasilien und Russland müssen wir uns auf die Europäische Union als Reformgebiet und Reformtreiber konzentrieren und das, was wir hier umsetzen, auch nach außen absichern, etwa mit Grenzausgleichssteuern. Klar, zunächst muss die EU demokratischer werden, aber auch hier gibts sowohl von Ursula von der Leyen als auch dem EU Parlament gute Ansätze.

Mein Wunsch wäre, und deshalb habe ich das Buch geschrieben, dass Christen und Kirchen hier aktiver werden. Gerade die katholische Kirche als Global Player mit 1,2 Milliarden Mitgliedern könnte hier treibende Kraft sein.

Das kann natürlich alles ausgeführt werden, aber das habe ich, wie gesagt, in meinem Buch getan. Sollten Aspekte von Interesse sein, kann dies gerne getan werden.

Beste Grüße, Jörg Alt SJ

4. Leserbrief

. . . habe dazu eine Anregung.

Wie wäre es, wenn wir damit in der Familie anfangen würden? Das sollte doch am leichtesten fallen!

Habe mich damals gewundert, als von Norbert Blüm die Pflege "ausgelagert" wurde.

Für uns in der Familie war und ist es eine Selbstverständlichkeit, daß unsere Eltern - die uns mit allem, was sie konnten, unterstützt und geholfen haben - von uns versorgt und gepflegt werden, wenn ihre nachlassenden Kräfte sie "in die Knie" zwangen.

Wir haben unsere 4 lieben Alten zu Hause bis zum Tode gepflegt und versorgt. Das war nicht immer einfach; aber wir haben es aus Dankbarkeit gern getan.

Heute werden die Eltern in einem Heim abgegeben, wo dann einmal/Woche ein Anstandsbesuch gemacht wird...

5. Leserbrief

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund Ihres Aufrufs eine mögliche politische, gesellschaftliche und soziale Zukunft zu skizzieren, hier ein paar Anregungen, aus der Sicht eines politischen und ökonomischen Laien:

1. Außenpolitik:

Distanzierung von den USA

Angesichts der Coronakrise ist wieder einmal klar geworden, dass dieser Staat im Ernstfall kein Interesse an weltweiter Solidarität hat. „America first“ und „Fake News“ erleben mit Donald Trump einen Höhepunkt, existierten aber schon lange vor seiner Amtszeit. Die Medien und insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk müssen angehalten bzw. im Fall des ÖR angewiesen werden, über die unzähligen Putsche und Angriffskriege der USA zu berichten. Das die USA dabei auch mit evangelikalischen Rechtsextremen wie Jair Bolsonaro paktiert muss aufgezeigt werden. Das Präsidentschaftskandidaten sich mit Millionen von Dollar einkaufen müssen, um überhaupt eine Chance zu haben, zeigt wie hohl die Demokratie dort ist.

Schulterschluss mit China und Russland

Das auch von den NDS sooft skizzierte negative Bild, dass über diese beiden Staaten verbreitet wird, muss aufgelöst werden. Natürlich sind auch in diesen Staaten viele politische Entscheidungen, die Menschen diskriminieren und benachteiligen, vorhanden. Es muss aber klar sein, dass diese zwei größten Länder der Welt (Fläche (RUS) bzw. Einwohner (CHN)) sehr schwer zu regieren sind. Zudem sind die Einwohner nun mal eine andere Kultur gewohnt und kein Land ist gezwungen, die neoliberale Schein-Demokratie anzunehmen. Insbesondere die zügige und verlässliche Hilfe für Spanien und Italien in der Coronakrise muss nach deren Ende hervorgehoben werden. Eine wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit mit diesen grundsätzlich offenen Staaten sollte von der EU angestrebt werden.

Naher Osten, Waffenindustrie, NATO

Die Verteidigungsausgaben in D und Europa müssen zurückgefahren werden. Ein Ausstieg aus der NATO muss zumindest erwägt werden. Es kann nicht sein dass die USA egoistische Interessen mit völkerrechtswidrigen Angriffen im Nahen Osten durchsetzt und Europa dann mit den Scherben zurücklasst (Flüchtlingswelle). Es muss mit Assad und den Rebellen verhandelt werden und zügig Frieden geschlossen werden. Ich kenne mich mit Assad's Politik nicht so gut aus aber er ist ein anerkannter Präsident in einem anerkannten, souveränen Staat, der selbst entscheiden kann, mit wem er verhandelt und wem er seine Ölquellen zur Verfügung stellt. Flüchtlinge in Europa, die wieder zurück WOLLEN um ihr Land wieder aufzubauen dürfen nicht gehalten werden.

Innenpolitik:

Soziale Berufe, soziales Engagement

Pfleger, Verkäufer, Busfahrer und andere, wirklich systemrelevante Berufe müssen ein viel höheres Ansehen und Würdigung ihrer Arbeit bekommen, sowohl finanziell als auch von den Arbeitszeiten her. Es ist fraglich, ob die warmen Worte der Politik zu diesen Berufsgruppen nach der Krise noch Bedeutung haben. Auch ehrenamtliches Engagement muss die Würdigung erfahren, die momentan unverständlicherweise Banker, Finanzdienstleister, Firmenanwälte u.ä. haben. "Housing First" wie es in Finnland praktiziert wird könnte ein Anstoß sein, um die große Abhängigkeit von Suppenküchen und Obdachlosenunterkünften in den Griff zu bekommen. Generell gilt Armut gar nicht erst entstehen zu lassen und sie dann erst zu behandeln.

Mindestlohn, Hartz 4, soziale Verpflichtung:

Der Hartz 4-Satz muss mit Rücksprache von Vertretern der Kirchen und z.B. des paritätischen ausgehandelt und zügig aufgestockt werden. Der Mindestlohn muss auf das Niveau anderer EU-Staaten steigen. Scheinselbstständigkeit und Sub-Unternehmertum muss gesetzlich unterbunden werden. Zudem müssen amerikanische Digitalunternehmen ihren steuerlichen Beitrag leisten, wenn sie weiter die staatliche Infrastruktur in Anspruch nehmen wollen.

Umwelt und Verkehr:

Die Blechlawinen in den Großstädten müssen zumindest eingedämmt werden. Corona zeigt, wie schön diese Städte ohne die Massen an Fahrzeugen sind. S-Bahnen könnten hier ein Mittel sein. Über ein Tempolimit muss in einer direkten Demokratie abgestimmt werden. Deutsche Automobile genießen in der ganzen Welt einen hervorragenden Ruf. Dennoch sind

Kolosse wie ein Audi Q7, Mercedes G AMG oder BMW X5 M völlig überflüssig und gefährlich für andere Verkehrsteilnehmer. Wie Herr Berger mal vorschlug, ist mit Verboten kein Erfolg zu erwarten. Stattdessen muss an dem Dienstwagenprivileg angesetzt werden, da nur wenige Privatpersonen einen solchen Koloss besitzen. Kreuzfahrten sind kritisch zu hinterfragen, ebenso dienstliche Inlandsflüge, die durch Corona leicht durch Videochat zumindest in den Großstädten zu ersetzen sind. Das Desaster der Bahn muss einer breiten Öffentlichkeit aufgezeigt werden und ihr Auslandsengagement beendet werden, solange der reibungslose inländische Verkehr nicht gewährleistet ist

Bildung:

Die einzelnen Bundesländer müssen ihr Schulsystem angleichen. Desweiteren ist es unverantwortlich, nach der 4. Klasse Dorfgrundschule bereits den Weg vorzugeben. Private Schulen, insbesondere elitäre, müssen dazu angehalten werden, auch Kinder aus Hartz-4-Familien aufzunehmen, wenn die intellektuellen Fertigkeiten gegeben sind. Ein staatlicher Zuschuss zu den Kosten muss gewährt werden.

Medien:

Digital-Monopole müssen eingedämmt werden. Steuern müssen konsequent und mit aller Härte des Rechtsstaats eingefordert werden.

Private Sender aber auch der ÖR müssen ihr oftmals diskriminierendes Programm (Nachmittagsprogramm auf RTL oder SAT 1) ebenso hinterfragen wie das Ausstrahlen immer gleicher, oftmals gewalttätiger Action- oder Horrorfilme. Es darf im Fernsehen, Internet und sonstigen Medien keine Gewaltdarstellung stattfinden wenn Jugendliche und Kinder erwartungsgemäß Zeit zum Medienkonsum haben.

Mit freundlichen Grüßen
Benedikt Windisch

6. Leserbrief

Guten Morgen Redaktion,

dieses Thema ist vielen von uns schon so lange eine Herzensangelegenheit. Wie schön, sich darüber so intensiv auszutauschen.

Wie wollen wir denn in Zukunft leben? Wollen wir, dass Geld und Märkte wieder den Menschen dienen statt umgekehrt? Diese wertvollen Fragen sind auch Kern der Gemeinwohl Ökonomie, einer bürgerschaftlichen Bewegung die 2010 in Österreich entstand und sich seitdem über Deutschland und viele andere Länder weltweit ausgebreitet hat. Sie ist ein ethisches Wirtschaftsmodell, welches faires und wertschätzendes Handeln zwischen Menschen untereinander und der Beziehung zur Natur zum Ziel des Wirtschaftens macht.

Die Gemeinwohl-Bilanz (s. Anhang Matrix) dient dazu, das faire, solidarische Handeln im eigenen Wirtschaftsbetrieb, aber auch in der Gemeinde, Schule etc. zu überprüfen und darzustellen. Ähnlich einer klassischen Finanz-Bilanz wird sie am Ende des Geschäftsjahres erstellt und drückt in Punktzahlen aus, inwieweit demokratische Werte im eigenen Unternehmen und in den Geschäftsbeziehungen gelebt werden: Menschenwürde, Solidarität und Gerechtigkeit, Ökologische Nachhaltigkeit, Transparenz und Mitentscheidung.

Angenommen, viele Unternehmen und Institutionen würden neben der Finanz-Bilanz eine Gemeinwohl-Bilanz erstellen, an dessen Ergebnis Erleichterungen wie Steuer-Nachlässe für besonders ethisches Handeln gekoppelt wären – wie würde sich das auf unser aller Zusammenleben, auf die Produkte und die Natur auswirken? Ich denke sehr positiv!

Die Gemeinwohl Ökonomie zeigt Wirkung und hinterlässt erste hoffnungsvolle Spuren: zahlreiche Unternehmen, sowie erste Gemeinden belegen dies bereits mit ihren Gemeinwohl-Bilanzen.

In diesem Geiste können wir unseren Konsum und unsere Kaufentscheidung mehr und mehr an gemeinwohlorientierten Kriterien versuchen auszurichten und damit diejenigen Unternehmer unterstützen die schon lange auf diese Philosophie setzen. Jetzt in der Krise aber gerade auch nach der Krise.

Ganz herzliche Grüße aus Unterfranken!

WERT	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
BERÜHRUNGSGRUPPE				
LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Zulieferkette	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette
EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	B4 Eigentum und Mitentscheidung
MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz
KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	D1 Ethische Kund*innenbeziehungen	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmern	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen	D4 Kund*innen-Mitwirkung und Produkttransparenz
GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	E2 Beitrag zum Gemeinwesen	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

7. Leserbrief

Lieber Nachdenker*innen,

zuerst ein herzliches Danke an das NachDenkSeiten-Team, das diese Plattform für den Dialog zu Verfügung stellt.

Was mich in diesen Tagen besonders umtreibt, ist die Frage, was kann ich/was können wir tun, um den

Wandel zu unterstützen?

Dazu halte ich es für erforderlich, daß wir uns vernetzen, unterstützen und Informationen austauschen.

So habe ich gestern an die Partei „Die Linke“ eine Anfrage gerichtet, ob eine Liste erstellt wird, aus der ersichtlich wird, welche Unternehmen Anträge auf KfW Hilfen stellen und in welcher Höhe sie genehmigt werden

und wo diese abrufbar sind:

[stürzen sich auf die Corona-Hilfen](#)

von 3,18 Milliarden € haben 8 Unternehmen 3,16 Milliarden !!!!! beantragt

[spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-krise-olaf-scholz-will-staatsbeteiligungen-spaeter-teils-mit-gewinn-verkaufen-a-2177e113-d519-47cd-b692-babc0951f115](https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/corona-krise-olaf-scholz-will-staatsbeteiligungen-spaeter-teils-mit-gewinn-verkaufen-a-2177e113-d519-47cd-b692-babc0951f115)

weitere 600 Milliarden!!!!!! an Unternehmen, an welche??? unabhängig von der Fragwürdigkeit der Maßnahme wie vorgeschlagen..

[Bundesregierung | Aktuelles | Neues Anleihenprogramm in Milliardenhöhe](#)

[bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/ezb-beschliesst-pepp-173241](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/ezb-beschliesst-pepp-173241)

[arbeitsagentur.de/finanzielle-hilfen/kurzarbeitergeld-arbeitnehmer](https://www.arbeitsagentur.de/finanzielle-hilfen/kurzarbeitergeld-arbeitnehmer)

Ich stelle mir auch heute schon die Frage, wer das am Ende alles bezahlen soll.

In der jetzigen Situation ist es äußerst wichtig, genau zu beobachten, was die „Volksvertreter“ wie entscheiden und per Eil-Gesetzen auf den Weg bringen.

Absolute Transparenz ist erforderlich, um ein weiter so zu verhindern....

Das braucht den Einsatz von uns allen, immer wieder bei den Politikern und Abgeordneten nach zu fragen, je mehr Anfragen, desto besser.... und von kritischen Journalisten, wie die, von den NachDenkseiten.

Drüber hinaus ist es genau so wichtig, was und wie wir Neues entwickeln und umsetzen können....

Abschließend meine persönliche Einschätzung:

das Corona-Virus wird als „Sündenbock“ benutzt, um nicht das Scheitern dieses neoliberalen Systems zugeben zu müssen...